

Antrag

der Abgeordneten Frank Schwabe, Dirk Becker, Gerd Bollmann, Marco Bülow, Petra Ernstberger, Iris Gleicke, Ulrich Kelber, Dr. Bärbel Kofler, Ute Kumpf, Dr. Matthias Miersch, Thomas Oppermann, Ute Vogt, Waltraud Wolff (Wolmirstedt), Dr. Frank-Walter Steinmeier und der Fraktion der SPD

Zusammenbruch des Emissionshandels abwenden – Überschüssige Zertifikate aus dem Markt nehmen

Der Bundestag wolle beschließen:

Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf, die EU-Kommission bei ihrem Vorschlag zu unterstützen, CO₂-Zertifikate vorübergehend aus dem Emissionshandel zu nehmen.

Berlin, den 23. April 2013

Dr. Frank-Walter Steinmeier und Fraktion

Begründung

Das Leitinstrument des europäischen Klimaschutzes, der EU-Emissionshandel, hat seine Lenkungswirkung verloren und steht unter starkem Druck. Die vorübergehende Herausnahme von Zertifikaten ist nur eine kurzfristige Rettungsmaßnahme, gegen die auch instrumentelle Vorbehalte vorgebracht werden können. Konsequenter wäre es, eine mittel- und langfristige Perspektive für die Jahre 2020 und 2030 aufzuzeigen, die Unternehmen eine klare Orientierung für ihre Investitionsentscheidungen gibt.

Um Schritte zur Funktionsfähigkeit des Emissionshandels im Sinne eines effizienten Klimaschutzinstrumentes einzuleiten, ist es aktuell notwendig, überschüssige Zertifikate aus dem Markt zu nehmen. Der Vorschlag der EU-Kommission zur kurzfristigen Herausnahme von Zertifikaten löst die bestehenden Probleme nicht, ist aber ein aktuell notwendiger Schritt mit Signalwirkung.

Bedingt durch eine Überausstattung mit Emissionszertifikaten, eine niedrige EU-Emissionsobergrenze und eine Schwemme von Zertifikaten aus Drittstaaten (Clean-Development-Mechanism-Projekte) besteht ein erhebliches Überangebot an CO₂-Zertifikaten. Angesichts dieses niedrigen Preises lohnen Investitionen in Klimaschutz im Emissionshandelssektor kaum noch, der Verkauf von Zertifikaten ist unbedeutend und die Einnahmen aus dem Emissionshandel für die öffentlichen Haushalte bleiben weit hinter den Erwartungen zurück.

Sollten jetzt keine klaren Signale für einen wirkungsvollen Emissionshandel beschlossen werden, würde dies zu einem jahrelangen Siechtum des Emissionshandels mit extrem niedrigen CO₂-Preisen führen. Der Emissionshandel wird als wirksames Instrument der Klimapolitik in Frage gestellt werden. Verliert der Emissionshandel der EU seine Wirksamkeit, so werden sich keine Verknüpfungen mit anderen Systemen in der Welt ergeben und der Weg zu einem globalen System verstellt werden. Es ist jedoch ökologisch und ökonomisch sinnvoll und war allseits anerkannte und notwendige Strategie, bestehende und zukünftig entstehende Emissionshandelssysteme zu verbinden.

Unabhängig von einer noch ausstehenden abschließenden Entscheidung des Europäischen Parlaments und des Europäischen Rates zum „Backloading“ ist die Bundesregierung gefordert, zeitnah einen Diskurs in den europäischen Institutionen über eine ambitioniert ausgestaltete Handelsperiode nach 2020 zu führen. Es muss eine Lösung angestrebt werden, um über eine ehrgeizige Absenkung des Caps umfängliche Innovationen und Investitionen und damit Effizienzsteigerungen in den vom Emissionshandel betroffenen Unternehmen anzustoßen bzw. zu unterstützen. Die Ausgestaltung muss so sein, dass diese Investitionen in die Emissionsenkung auch schon in der laufenden Handelsperiode ausgelöst werden. Wichtig ist eine zeitige Einigung, so dass auch die gewünschten Investitionsziele möglichst bald eintreten können. Ohne einen funktionierenden Emissionshandel mit anspruchsvollen Emissionsobergrenzen würden die nicht dem Emissionshandel unterliegenden Sektoren Verkehr, Haushalte und Gebäude vor Herausforderungen gestellt, die kaum zu bestehen sind.

Ein funktionierender weltweiter Emissionshandel würde sowohl faire Wettbewerbsbedingungen für die Unternehmen bringen als auch der Klimapolitik neue Schlagkraft geben. Das Instrument des Emissionshandels ermöglicht zudem eine technologieoffene Umsetzung von entsprechenden Maßnahmen in den Ländern. Den Befürchtungen, eine Stärkung des Emissionshandels würde die Gefahr eines „Carbon Leakage“, also der Unternehmensverlagerung in Länder ohne Emissionshandel, erhöhen, ist durch eine konsequente Ausschöpfung der mit der EU vereinbarten Kompensationsmöglichkeiten zu begegnen.